

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau



Wir brauchen ein Landesprogramm für historische Städte

Andere Bundesländer, wie Bayern oder Thüringen sorgen mit Investitionsprogrammen dafür, dass ihre historischen Städte gepflegt werden.

Was macht die Hessische Landesregierung?

Büdingen und Ortenberg z.B. sind Perlen. Doch es kostet viel Geld, die histo-

Fortsetzung auf Seite 7

September/Oktober 2016

SPD und CDU regieren den Wetteraukreis

Die große Koalition beginnt mit Geldverschwendung

Sparen war gestern. Der Kreistag hat die Geschenkbox aufgemacht. Natürlich nicht für Soziales - wo denken Sie hin? Nein! Für Pöstchen. Und da spielt Geld keine Rolle.

Drei hauptamtliche Kreisbeigeordnete müssen in Zukunft bezahlt werden. Bisher gab es aus Spargründen nur einen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. Jetzt haben CDU und SPD in ihren Koalitionen

Fortsetzung auf Seite 2

Jobcenter verschlimmern Hartz4 - Situation

Lesen Sie Seite 3

400 Personen auf der Warteliste

Bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Friedberg warten 400 Menschen auf eine Wohnung. Der Bürgermeister ist stolz, dass die Stadt jetzt 16 Mietwohnungen baut.

Im Frühling 2017 sollen in Friedberg, Tepler Straße, 16 Mietwohnungen fertig gestellt sein. Sie werden für 7,50 Euro pro Quadratmeter vermietet. Bürgermeister Keller stellt sich vor, dass

Lesen Sie weiter auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 1

Die große Koalition beginnt mit Geldverschwendung

tionsvereinbarungen zwei Hauptamtliche beschlossen: je einen für jede Partei. Der Zweite wird alles in allem 250 000 Euro jährlich zusätzlich kosten. In der gesamten Wahlperiode also rund 1 250 000 Euro.

Helmut Betschel, der bisherige Kreisbeigeordnete der Grünen, wurde vorzeitig abgewählt. Bis zum regulären Ende seiner Amtszeit im September 2017 müssen ihm 75 Prozent seines Lohns bezahlt werden, ohne eine Leistung dafür abzurufen.

Wem nützt das?

In den letzten Jahren wurden alle Haushaltsposten auf Einsparungen überprüft. Der Landrat erklärte das Sparen zum ersten Ziel.

Alle Abteilungen der Verwaltung haben sich enorm angestrengt, in ihrem Bereich Einsparmöglichkeiten zu finden und zu realisieren.

Selbst Kleckerbeträge, wie 200 Euro pro Jahr für die Betriebsfußballmannschaft, wurden gestrichen.

Die meisten Abstriche gab es im sozialen Bereich. Mil-

lionen wurden gekürzt. Und jetzt ist das alles unwichtig, weil es um Parteienproporz und Pöstchen geht?

Soziale Kürzungen zurücknehmen!

DIE LINKE. lehnt die Abwahl Betschels ab. Es gibt keinen Grund, warum er bis zum Ende seiner Amtszeit bezahlt zu Hause bleiben sollte.

Auch den Posten eines zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten lehnen wir ab. Stattdessen müssen die Kürzungen im Sozialetat zurückgenommen werden!

So zum Beispiel:

- Weg mit den unrealistischen Mietobergrenzen! Ein realistischer Mietspiegel muss erstellt werden.
- Wiedereinführung des kostenfreien Schülerverkehrs.
- Dezentrale Verwaltungsstellen-vor allem im Ostkreis.
- Eine qualifizierte Schuldnerberatung des Wetteraukreises, die Schuldner/innen auch berät und unterstützt.
- Ausbau der psychosozialen Beratungsstellen.
- Ausreichendes Entgelt für Noteltern!

Kein Geld für eine Weihnachtsbeihilfe?

Kindern aus Familien, die auf Hartz IV oder Sozialhilfe angewiesen sind, steht kein einziger Cent für ein Weihnachtsgeschenk zu.

DIE LINKE. beantragte im Kreistag eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro für diese Kinder. Der Antrag wurde abgelehnt. Das sei zu teuer.

Dieses Argument gilt nicht! Der Wetteraukreis kann nicht zu wenig Geld für eine Weihnachtsbeihilfe haben. Wer einen Kreisbeigeordneten frühzeitig und bezahlt aus dem Amt wählt und Geld für zwei hauptamtliche, gut bezahlte Kreisbeigeordnete hat, der braucht über Geldknappheit nicht zu klagen.

Es ist eine politische Entscheidung, für was das Geld ausgegeben wird.

Folge 9:

Jobcenter verschärfen Hartz4-Situation

Eine wissenschaftliche Untersuchung zeigt: Die standardisierte Fallberatung im Jobcenter führt dazu, dass sich die Situation der Betroffenen häufig sogar verschlechtert.

Dirk Kratz von der Universität Hildesheim untersuchte, welche Hilfen für Langzeitarbeitslose sinnvoll sind, um wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. In „Zeit-online“ stellte er die Untersuchung vor. Das Ergebnis: Das übliche Vorgehen der Jobcenter richtet eher Schaden an und macht mehr kaputt, als dass es hilft.

Eines der wesentlichen Probleme besteht in der Entwer-

tung der bisherigen Berufsbiographie durch das Jobcenter. Qualifikationen und Abschlüsse werden nach einiger Zeit aus dem Profil des Arbeitslosen entfernt. Die beruflichen Erfahrungen werden als Defizit angesehen. Jobcenter gehen grundsätzlich davon aus, dass ein Mangel an Fähigkeiten Ursache der Erwerbslosigkeit ist. Deshalb werden die Betroffenen oft in unpassende

Maßnahmen gesteckt; wie Rechtschreibkurse oder das x-te Bewerbungstraining. Da diese „Qualifizierungsmaßnahmen“ häufig nicht funktionieren und kein Job gefunden wird, führt das zu einer Entfernung vom Arbeitsmarkt. Die Berufserfahrung veraltet, das Selbstbewußtsein leidet und die Arbeitslosen finden noch schlechter einen Job.

Abziehen,

was es nicht gibt

Wer Hartz4 bezieht, dem wird das Kindergeld von der Grundsicherung abgezogen. Es gilt als Einkommen. Das Jobcenter Wetterau zieht oft Kindergeld ab, obwohl die Betroffenen noch keins bekommen. Denn die Familienkasse braucht etwa ein halbes Jahr, bis die Anträge bearbeitet sind. In dieser Zeit müsste das Jobcenter in Vorleistung treten. Legen Sie unbedingt Widerspruch ein! Man glaubt offensichtlich, dass sich keiner wehrt.

Nachdem wir von den letzten 18 Jahren 14 Jahre in der Regierung saßen, fordere ich jetzt entschieden:



Endlich wieder mehr soziale Gerechtigkeit!!



Karikatur: Klaus Stuttmann

Kreistagsfraktion der Linken hat sich verdoppelt

Bisher gehörten zwei Abgeordnete der Linken dem Wetterauer Kreistag an. Bei den Kommunalwahlen konnte DIE LINKE. ihr Stimmergebnis verbessern und ihre Kreismandate auf drei Abgeordnete erhöhen.

Jetzt ist noch Viktoria Klaus, die einzige gewählte Abgeordnete der Piratenpartei, dazugekommen. Sie schloss sich der linken Fraktion als „Hospitantin“ an. Das bedeutet, Linke und Piraten bilden eine Fraktionsgemeinschaft.



Gabi Faulhaber, Karben



Rudi Kreich, Niddatal



Anja EIFechtali, Friedberg



Viktoria Klaus, Nidda Piratenpartei



Gruppenfoto vor dem alten Rathaus in Niddatal: Erstmals im Wetteraukreis wagten SPD und LINKE eine Koalition.

Rot-rote Koalition in Niddatal

Trotz einer angespannten Haushaltslage und der nötigen Haushaltssanierung, vereinbarten die beiden Parteien soziale Schwerpunkte. Große Sprünge erlaubt die kommunale Finanznot nicht. Doch bleibt die grüne Lunge in Assenheim als Naherholungsgebiet erhalten, das Bürgerhaus Ilbenstadt wird nach und nach saniert, und nicht abgerissen. Außerdem sollen städtische Wohnungen gebaut werden.

Fortsetzung von Seite 1

400 Personen auf der Warteliste

dort Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen wohnen sollen. Besonders bedürftig seien Menschen mit mittlerem Einkommen. Sie hätten keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung, so Keller.

Auf welchem Stern lebt der Bürgermeister?

Was Keller offensichtlich noch nicht mitbekommen hat: Weit über 40 000 Menschen haben in Hessen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Aber sie bekommen keine, weil es viel zu wenige gibt! Auch in Friedberg stehen 400 Menschen auf der Warteliste der WoBau.

16 Mietwohnungen sind bei Weitem nicht ausreichend!

Und auch das hat der Bürgermeister nicht mitbekommen: Wer prekär beschäftigt ist, wer seinen Hungerlohn beim Jobcenter aufstocken muss, für den sind 7,50 Euro Miete zu teuer! Die Mietober-

grenzen des Wetteraukreises sehen für Friedberg weniger als sechs Euro pro Quadratmeter vor! Eine Teilzeitkraft im Krankenhaus, ein Gebäudereiniger mit 8,50 Euro Mindestlohn können diese Wohnungen nicht mieten.

In der Wetterauer Zeitung vom 18. August malte Bürgermeister Keller ein heiteres Bild: In den nächsten Jahren sollen weitere „preisgünstige“ Mietwohnungen entstehen. Er spricht von 9,50 Euro Miete pro Quadratmeter. Die Zahl der ge-

planten Wohnungen nennt er nicht. Aber er sucht bereits nach privaten Investoren.

Kommunen müssen Sozialwohnungen bauen!

Nun ist man ja schon froh, dass überhaupt wieder Mietwohnungen gebaut werden. Doch nötig sind Sozialwohnungen! In größerer Zahl! Wohnungen mit niedrigen Mieten erreicht man jedoch nicht mit privaten Investoren. Das geht nur, wenn ohne Profitinteressen kommunal gebaut wird.

Ja, es stimmt.

Eine rasante Zuwanderung führt zu kulturellem Untergang.

Das beste Beispiel hierfür ist New York. Zwischen 1830 und 1890 verzehnfachte sich die Einwohnerzahl aufgrund der immensen Zuwanderung. Die Folgen waren verheerend. Die Stadt brach zusammen. Heute ist New York ein unbedeutendes Fischerdorf an der Ostküste der USA. Keine Sau kennt dieses vermaledete Kaff, das man getrost als Wüstung bezeichnen kann.

Ganz anders die blühende Metropole Dippoldiswalde im Osterzgebirge. Diese Stadt hat der Völkerwanderung erfolgreich widerstanden und verdient den Ehrentitel „Kreisstadt“ zurecht. Sie hat mit „DW“ sogar ein eigenes KFZ-Kennzeichen. Daran sollten sich die rückständigen Fischer aus New York ein Beispiel nehmen.

(facebook post)

Keine Willkommensbehörde

Die Ausländerbehörde Wetterau ist ein hessisches Leuchtturmprojekt. 2014 wurde sie - nach Protesten - in das bundesweite Programm „Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden“ aufgenommen. Doch diesem Anspruch wird sie nicht gerecht.

Die Migration vieler Flüchtlinge stellt hohe Anforderungen an die Mitarbeiter/innen der Ausländerbehörde. Sicher ist, dass diese Aufgaben nicht erfüllt werden können, wenn das Amt nicht ausreichend personell ausgestattet ist. Doch genau das ist schon längere Zeit der Fall. Die unselbige Sparpolitik des Wetteraukreises verhinderte, dass Krankheitsvertretungen eingestellt, offene Stellen besetzt und dringend nötige Stellen neu geschaffen wurden. Die Mitarbeiter/innen können eine solche Personalpolitik nicht kompensieren. Inzwischen wurden neue Leute eingestellt, doch diese müssen erst längere Zeit eingearbeitet werden.

Ein desaströses Bild

Derzeit zeigt die Ausländerbehörde ein desaströses Bild: Es werden täglich nur maximal 60 Vorsprechende angenommen. Dann schließt die Behörde - oft bereits

nach einer Stunde Öffnungszeit. Während der Sommerferien konnten sogar nur 30 Personen vorsprechen. Die Glücklichen, die um 7.30 Uhr eine Wartenummer ziehen können, warten zwischen drei und sechs Stunden. Ebenso lang sind die Wartezeiten, wenn telefonisch ein Termin vergeben wurde. Doch auch die telefonische Terminvergabe funktioniert schlecht. Schriftliche Anfragen per mail und fax werden oft nicht beantwortet.

Kann jemand keine Wartenummer mehr ziehen, wird kein Termin für einen anderen Tag vereinbart. Man muss erneut sein Glück versuchen. Wenn jemand z. B. aus Büdingen angereist ist, ist das ein Problem, denn das ist teuer und das Fahr-geld wird nicht erstattet.

Es gibt keinen besetzten Schalter im Eingangsbereich und so muss auch für Kleinigkeiten (für organisatorische Fragen, einfache Aus-

künfte, Erhalt von Formularen, Abgabe von Unterlagen, Terminvergabe, Meldung einer neuen Adresse, usw.) ein Vorsprachetermin vereinbart werden.

Hoch problematisch ist es, wenn durch diese Amtspraxis Fristen oder andere Termine versäumt werden - oder sogar fristenwahrende Schreiben von Anwälten nirgends abgegeben werden können. Oder wenn kein Eingangsstempel für abgegebene Unterlagen erteilt wurde.

Dies wird im Ergebnis als Verletzung der Mitwirkungspflicht gewertet und hat negative Auswirkungen - z. B. auf die Anerkennung als Flüchtling oder auch, wenn ein Familiennachzug ansteht.

Für alle unzumutbar

Diese Situation ist weder für die Mitarbeiter/innen noch die Kundschaft oder die ehrenamtlichen Helfer/innen zumutbar.

Fortsetzung von Seite 1

Wir brauchen ein Landes- programm für historische Städte

rische Bausubstanz zu erhalten. Viele Bauwerke werden von ihren Besitzern liebevoll saniert. Natürlich hat auch Hessen Fördermittel für den Denkmalschutz bereitgestellt. Die reichen aber nicht aus. So kommt es, dass wertvolle Gebäude vor sich hinmodern und verfallen. Ein Beispiel ist das Steinerne Haus in Büdingen. Nötig ist ein Investitionsprogramm. Das hätte außerdem noch mehrere positive Nebeneffekte: Man könnte heimische Handwerker beauftragen und somit Wirtschaftsförderung betreiben. Die Attraktivität der historischen Städte würde mehr Touristen anlocken und die Lebensqualität vor Ort verbessern. Doch wer den Superreichen die Steuern schenkt, hat für solche Investitionen kein Geld.

Sprechstunden im Roten Laden

Im Roten Laden, Usagasse 23, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der **Fraktion der Linken im Kreistag**



sprechen. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben, steht Ihnen die „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite.

So erreichen Sie **DIE LINKE.**

Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi Faulhaber, Karben, Tel.: 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de

Ich möchte weitere Informationen über **DIE LINKE.** Mich interessiert besonders das Thema:

O Ich möchte Mitglied der Partei **DIE LINKE.** werden.

Name: _____

Geburtsdatum: _____

Beruf: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

Wohnen macht arm.

Bezahlbarer
Wohnraum
für ALLE!



Diskussionsforum
zur Wohnungspolitik

mit Dr. Sebastian Schipper
(Institut für Humangeographie, Uni Frankfurt),
Franz Parteder (KPÖ Graz)



und sozial engagierten Gästen aus der
Wetterau. Interessierte Bürger/innen sind
herzlich zur Diskussion eingeladen!
Schirmherr: Dr. Ulrich Wilken,
Vizepräsident des Hessischen Landtags.

10. November 2016, 19 Uhr
Friedberg, Kaiserstraße 2